

**Antrag**

Fraktion der CDU  
Fraktion der FDP

Hannover, den 02.07.2010

**Schulsozialarbeit**

Der Landtag wolle beschließen:

**EntschlieÙung**

Mit dem Hauptschulprofilierungsprogramm ist es erreicht worden, an über 494 Hauptschulen Schulsozialarbeiter einzusetzen. Seit 2003 konnten durch die Unterstützung des Landes über 300 zusätzliche Schulsozialarbeiter eingestellt werden. Die Fraktionen von CDU und FDP haben die Ausgaben von früher 3 Mio. Euro im Jahr auf heute 12 Mio. Euro gesteigert und dafür seit 2004 fast 48 Mio. Euro eingesetzt. Darüber hinaus werden die Grundschulen mit einem hohen Anteil an Schülern mit Lernproblemen sowie sozialen Benachteiligungen gezielt unterstützt, in dem diese auf Antrag ihr Budget für pädagogische Mitarbeiter erhöhen können. Der Einsatz von Sozialarbeitern sowie pädagogischen Mitarbeitern in Schulen für gezielte, bildungspolitisch notwendige Maßnahmen hat sich bewährt.

Der Landtag stellt fest:

1. Schulsozialarbeit ist ein professionelles sozialpädagogisches Angebot, das durch verbindlich vereinbarte und gleichberechtigte Kooperation von Jugendhilfe und Schule als eigenständige Institution dauerhaft im Schulalltag verankert ist.
2. Schulsozialarbeit verbindet verschiedene Leistungen der Jugendhilfe miteinander und ist damit gesetzlich geregelt eine kommunale und keine unmittelbare Landesaufgabe.
3. Das Hauptschulprofilierungsprogramm, das flächendeckend alle Hauptschulstandorte mit sozialpädagogischen Angeboten zur Unterstützung von berufsorientierenden und berufsbildenden Maßnahmen und der Förderung der Berufsreife versorgt, ist ein Erfolgsmodell.

Zur weiteren Absicherung der erreichten Erfolge bittet der Landtag die Landesregierung:

1. Das erfolgreiche Hauptschulprofilierungsprogramm über eine neue Zuwendungsrichtlinie mittelfristig abzusichern und freiwerdende Mittel schrittweise für den entsprechenden Einsatz von sozialpädagogischen Fachkräften an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen einzusetzen.
2. Schulen und Schulträger im Rahmen ihrer Zuständigkeiten bei der Umsetzung dieser Maßnahmen zu beraten und zu unterstützen.
3. Mit den Kommunalen Spitzenverbänden in Gespräche darüber einzutreten, wie man den derzeit beschäftigten Schulsozialarbeitern langfristig berufliche Perspektiven aufzeigen kann.

## Begründung

Die gesellschaftliche Entwicklung führt gerade im Bereich der Jugendbildung und Betreuung zu immer neuen und größeren Herausforderungen. Wir erkennen diese Herausforderung als gemeinsame Verantwortung an und lassen die Kommunen bei der Jugendhilfe nicht allein.

Die Erfolge des bisherigen Engagements sind deutlich. Die Rückstellungsquote vom Schulbesuch hat sich in der Amtszeit dieser Landesregierung halbiert. Die Gesamtzahl der Schulabgänger ohne Abschluss ist von 10,3 % im Jahr 2003 um mehr als ein Viertel auf unter 7 % gesunken. Die Schulsozialarbeit hat hierzu einen erheblichen Beitrag geleistet.

Da Schulsozialarbeit immer auch Beziehungsarbeit ist, möchten wir die erreichten Erfolge absichern und in gemeinsamer Verantwortung mit den Kommunen ausbauen. Schrittweise wollen wir die Schulsozialarbeit auf weitere Schulformen ausweiten.

Für die Fraktion der CDU

Björn Thümler  
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Dürr  
Fraktionsvorsitzender